

Niederschrift
der 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 29.09.2015
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:15 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

stellv. Vorsitzende/r

Herr Reinhard Kremser

Mitglieder

Frau Dr. Heike Carstensen

Herr Heino Fleischer

Frau Kerstin Friesenhahn ab 17:10 Uhr

Frau Anett Kindler

Frau Maria Quintana Schmidt

Vertreter

Herr Tino Rietesel

Frau Ann Christin von Allwörden

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Steffi Behrendt ab 17:15 Uhr

Frau Heike Benz

Herr Stephan Bogusch

Frau Sarah Cornils

Frau Jenny Lotzow

Gäste

Frau Böcker

Herr Plewka

Frau Günzel

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 07.07.2015
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Informationen zur Justizvollzugsanstalt Stralsund
- 4.2 Verzicht Spielplatz St. Jürgen-Friedhof

- 4.3** Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015
- 4.4** Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern,
Schulen und Kindereinrichtungen
Einreicher: Uwe Jungnickel
Vorlage: AN 0097/2015
- 4.5** zur Eröffnung einer Rubrik "Unsere neuen Nachbarn" im In-
ternetportal der Hansestadt
Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten
Vorlage: AN 0102/2015
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von
Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 7 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Herrn Kremser geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 07.07.2015

Frau Dr. Carstensen berichtet Frau Ehlerts Aussage dahingehend, dass der Mängelmelder nicht von der Zeitung Am Strelasund initiiert wurde, sondern von dem Internetportal Sundblick.info.

Die Niederschrift der 05. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 07.07.2015 wird mit der vorgenannten Änderung bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Informationen zur Justizvollzugsanstalt Stralsund

Frau Böcker berichtet, dass die Justizvollzugsanstalt Stralsund seit 2003 140 Haftplätze für erwachsene Männer im geschlossenen Vollzug und seit 2009 55 Haftplätze im offenen Vollzug bereitstellt. Da es derzeit noch nicht die Möglichkeit eines offenen Vollzugs für erwachsene Frauen in Mecklenburg-Vorpommern gibt, sollen die Haftplätze im offenen Vollzug um 10 Plätze für Frauen erweitert werden. Somit erhöht sich die Kapazität auf 220 Plätze.

Die JVA Stralsund ist die neueste Anstalt in Mecklenburg-Vorpommern. Derzeit sind ca. 20 % der Haftplätze im Land frei. In Stralsund sind momentan 100 Mitarbeiter beschäftigt. Das Haushaltsvolumen beträgt über 2 Millionen Euro.

Da in Stralsund der Kurzstrafenvollzug und die Untersuchungshaft durchgeführt werden, hat die JVA einen Durchlauf von 600 Inhaftierten pro Jahr. 35 % der Inhaftierten sind Stralsunder. Die örtliche Zuständigkeit erstreckt sich auf Stralsund, Greifswald und den Landkreis Vorpommern-Rügen (Landgerichtsbezirk Stralsund).

Wichtig ist zum einen die sichere Unterbringung der Gefangenen, aber auch das Resozialisierungsziel. Maßnahmen zur Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit sind Lockerungen und die Unterbringung im offenen Vollzug. Seit 2009 gab es 130.000 Lockerungen bei einer Versagungsquote von 0,03 %.

Frau Dr. Carstensen fragt, wie der offene Vollzug vorbereitet wird, ob die Rückfallquote bei der Entlassung aus dem geschlossenen Vollzug höher ist und ob im geschlossenen Vollzug auch Leistungen, wie z.B. Suchtberatung, erbracht werden.

Frau Böcker erklärt, dass jeder Straftäter innerhalb der ersten 8 Wochen eine Vollzugsplanung erhält. Innerhalb eines Risikomanagements wird geprüft, wie man es verantworten kann, dass Inhaftierte während der Lockerungen nicht entweichen und keine Straftaten begehen. Inhaftierte, die keine Lockerungen erhalten und nicht in den offenen Vollzug kommen, erhalten ebenfalls eine Entlassungsvorbereitung. Maßnahmen, wie z.B. Suchtberatung und Anti-Gewalt-Training, werden auch innerhalb der Anstalt angeboten.

Frau Kindler stellt fest, dass der offene Vollzug bei Frauen ein neues Gebiet ist und möchte deshalb wissen, inwieweit man sich darauf vorbereitet und woher die Frauen kommen werden.

Frau Böcker führt dazu aus, dass im offenen Vollzug Männer und Frauen getrennt werden. Bei derzeit 1200 Gefangenen in Mecklenburg-Vorpommern gibt es einen Anteil von 35 inhaftierten Frauen. Aufgrund des offenen Vollzugs für Frauen sollen verstärkt Frauen als Mitarbeiter akquiriert werden. Woher die Frauen kommen werden, kann noch nicht gesagt werden. Vorwiegend werden es jedoch Frauen aus der Region sein.

Frau Kindler erfragt, ob es auch eine Unterbringungsmöglichkeit für Mütter mit Kindern gibt.

Frau Böcker antwortet, dass eine Mutter-Kind-Einrichtung nicht vorgehalten wird. Dafür ist eine Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern notwendig.

zu 4.2 Verzicht Spielplatz St. Jürgen-Friedhof

Herr Bogusch informiert, dass im Rahmen des Spielraumentwicklungskonzepts ein Spielplatz auf dem St. Jürgen-Friedhof vorgesehen war. Bei der Vorbereitung dieses Projekts kam es jedoch zu einigen Problemen (Gefahr durch die Einzäunung, Hohlräume im Baugrund). Insofern ist es vorgesehen, Abstand von diesem Projekt zu nehmen.

Aufgrund der Weiterentwicklung des Spielplatzes am Hainholzteich und einer damit nahegelegenen Alternative entsteht in diesem Bereich keine Versorgungslücke.

zu 4.3 Erstellen einer Park App
Einreicher: Fraktion Bürger für Stralsund/AfD
Vorlage: AN 0012/2015

Frau von Allwörden stellt fest, dass eine Park App möglicherweise nicht ausreichen würde und man deshalb gegebenenfalls eine Stralsund App initiieren sollte.

Frau Dr. Carstensen macht darauf aufmerksam, dass es bereits eine Stralsund App gab, die jedoch eingestellt wurde.

Frau von Allwörden bestätigt dies, jedoch hat diese App die Ansprüche nicht erfüllt. Es sollte eine umfangreichere App geben, die nicht nur das Thema Parken enthält.

Herr Rietesel erklärt, dass es sich um eine Weiterleitungs-App handeln soll, die den Nutzer auf die entsprechende Homepage weist.

Frau von Allwörden erwidert, dass jedoch ausgerechnet die Homepage der Stralsunder Stadtverwaltung untauglich für Smartphones ist.

Frau Behrendt bestätigt, dass die jetzige Internetseite noch nicht responsiv ist. Deshalb habe man im Haushalt für das nächste Jahr Geld für die Umstellung eingestellt. In Zusammenarbeit mit Herrn Bogusch wird an einer Aufarbeitung der Informationen zum Thema Parken auf Stralsund.de gearbeitet. Die Tourismuszentrale hat ebenfalls ein großes Interesse an einer App. Derzeit gibt es keine Aktivitäten, deshalb müsste ein Zeitplan aufgestellt werden.

Frau Dr. Carstensen fragt, ob es bereits einen Kontakt zur Fachhochschule bezüglich dieser App gibt.

Frau Behrendt verneint dies, wird diesen Punkt aber aufnehmen.

Herr Rietesel berichtet, dass ein Professor der Fachhochschule den Entwurf einer App durch Studenten für machbar erklärt hat, jedoch sei die Pflege seitens der Fachhochschule nicht möglich.

Frau Behrendt erläutert, dass eine Zusammenarbeit mit der Fachhochschule immer möglich ist. Wenn man jedoch schnelle Ergebnisse erzielen will, sollte man sich am freien Markt orientieren.

Herr Kremser hofft, dass die Verwaltung im nächsten Jahr eine Lösung offeriert. Er schlägt vor, dass Thema zurückzustellen, bis die Verwaltung ein Konzept vorlegt.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorgehen einverstanden. Der Tagesordnungspunkt wird in einer Sitzung im 2. Quartal 2016 wieder auf die Tagesordnung gesetzt..

zu 4.4 Grünphasen an Ampeln vor Pflegeheimen, Krankenhäusern, Schulen und Kindereinrichtungen
Einreicher: Uwe Jungnickel
Vorlage: AN 0097/2015

Herr Bogusch informiert, dass die Richtlinien für Lichtsignalanlagen angewandt und eingehalten werden. Solange die Fußgängerampel grün zeigt, kann man die Fahrbahn betreten. Mit der Geschwindigkeit von 1,1 m/s wird berechnet, wie viel Zeit der Fußgänger für die Überquerung der Kreuzung benötigt. Erst danach bekommen Autofahrer grün. Zudem ist geregelt, dass der Fußgänger mindestens die Hälfte der Straße während der Grün-Phase passieren können muss.

Das beschlossene Klimaschutzkonzept sieht vor, Rad- und Fußverkehr sowie ÖPNV zu fördern. Im Rahmen dessen hat ein Gutachter vorgeschlagen, längere Zeiten für Fußgänger zu gewähren und die Schaltung der Fußgängerampeln von der Anforderungsschaltung auf die automatische Schaltung umzustellen. Problematisch könnte das nur am Grünhofer Bogen werden, da es dort noch eine „Grüne Welle“ gibt.

Frau Kindler gibt zu bedenken, dass eine automatische Schaltung kontraproduktiv für den Verkehrsfluss sein könnte. Außerdem kritisiert sie, dass an verschiedenen Ampeln unterschiedlich lange Grün-Phasen sind.

Herr Bogusch erklärt, dass durch eine Anforderungsschaltung oft längere Wartezeiten entstehen. Es macht Sinn, eine Anforderungsschaltung an einigen Straßen beizubehalten, wie z.B. in der Greifswalder Chaussee. An anderen Ampeln mit vermehrtem Fußgängerverkehr, z.B. am Knieperwall, ist dagegen eine automatische Schaltung besser. Die Länge der Grün-Phasen wird in der Regel durch den Planer bestimmt, der das Signalprogramm konzipiert. Nach Prüfung der Rahmenbedingung wird ein Wert ausgesucht, der unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit den Fußgängern gewährt werden kann.

Frau Kindler macht nochmal auf die Karl-Marx-Straße aufmerksam. Herr Bogusch wird die Länge der Grün-Phasen dort prüfen.

Frau Quintana-Schmidt bestätigt, dass es auch an der Kreuzung am „Pinguingarten“ mit einer normalen Geschwindigkeit nicht möglich ist, die Straße zu überqueren.

Herr Bogusch erläutert, dass die Haltelinie für den Fußgänger der Bordstein ist. Dort gilt das Signal, ob man die Fahrbahn betreten darf oder nicht. Solange man an dieser Stelle gehen darf, ist genügend Zeit, um die Straße zu überqueren, bevor die Autofahrer fahren dürfen.

Herr Fleischer weist darauf hin, dass es in anderen Städten Uhren an den Ampeln gibt, die die Zeit der Grün-Phase herunterzählen.

Herr Bogusch bestätigt, dass es verschiedene Pilotprojekte gibt, jedoch sind derzeit in Stralsund noch keine Tests vorgesehen.

Frau Kindler begrüßt es, dass die Verwaltung an einer Umstellung bzw. Nachbesserung einzelner Ampeln arbeiten will.

Frau Dr. Carstensen schließt sich dem an.

Herr Bogusch schlägt vor, dass die Verwaltung den Sachverhalt prüfen wird.

Die Ausschussmitglieder erklären sich mit dem Vorgehen einverstanden.

Sobald ein Prüfergebnis vorliegt, wird das Thema erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

zu 4.5 zur Eröffnung einer Rubrik "Unsere neuen Nachbarn" im Internetportal der Hansestadt

Einreicher: SPD-Fraktion, Peter van Slooten

Vorlage: AN 0102/2015

Frau Dr. Carstensen sieht es als wichtig an, ein solches Portal zu schalten und die Bürger aufzuklären. Die Informationsveranstaltungen am 08./09.10.2015 begrüßt sie, hält jedoch eine Website für unabdingbar.

Frau Behrendt erklärt, dass der Landkreis zuständig ist, man sich jedoch abstimmt und eng zusammenarbeitet. Derzeit wird an der inhaltlichen Vorbereitung der Informationsveranstaltung gearbeitet. Morgen wird es eine Pressemitteilung geben. Aus dem Fragenkanon, der sich auf der Informationsveranstaltung ergibt, wird man bestimmte Fragen auf der Homepage der Stadt oder des Landkreises beantworten. Wo es Informationen geben wird, ist noch

nicht abschließend geklärt. Gegebenenfalls wird man auf Stralsund.de nur einen Hinweis auf die Seite des Landkreises einbauen.

Herr Kremser regt an, das Asylbewerberheim auf dem Dänholm zu besuchen.

Frau Dr. Carstensen gibt zu bedenken, dass der Landkreis sehr viele Kommunen hat und somit ein enger Bezug auf Stralsund nicht möglich ist. Aufgrund vieler Gerüchte, damit verbundenen Verunsicherungen und dem aus ihrer Sicht ungeschickten Vorgehen der Verwaltung, ist eine Aufklärung notwendig.

Frau Kindler schlägt vor, das Thema im Oktober wieder auf die Tagesordnung zu nehmen, wenn man das Fazit aus den beiden Informationsveranstaltungen hat.

Die Ausschussmitglieder sind mit diesem Vorschlag einverstanden. Der Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung auf die Tagesordnung aufgenommen.

zu 5 Verschiedenes

Frau Kindler regt an, Frau Schubert zu einer Ausschusssitzung zum Thema „Gedenkmöglichkeiten für Sternenkinder“ einzuladen.

Frau Friesenhahn merkt an, dass die SWG sich noch nicht um den Spielplatz im Philipp-Julius-Weg gekümmert hat. Zudem wächst eine Hecke auf dem Tribseer Damm über den Fuß- und Fahrradweg. Herrn Bogusch wird sich der angesprochenen Probleme nochmals annehmen.

Frau Quintana-Schmidt kritisiert, dass abends im Frankenwall auf den Rad- und Fußweg geparkt wird.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf bestand.

gez. Reinhard Kremser
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung